

Groß, Hermann

**Praxisbaustein: Politik vor Ort (Berufsbildende Schule Bingen,
Rheinland-Pfalz)**

Berlin : BLK 2006, 31, [21] S.



Empfohlene Zitierung/ Suggested Citation:

Groß, Hermann: Praxisbaustein: Politik vor Ort (Berufsbildende Schule Bingen, Rheinland-Pfalz). Berlin : BLK 2006, 31, [21] S. - URN: urn:nbn:de:0111-opus-5523

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Praxisbaustein

Politik vor Ort

Berufsbildende Schule Bingen,
Rheinland-Pfalz

Hermann Groß

unter Mitarbeit von:

Gerhard F. Carra

und Hans Berkessel



Impressum

Dieses Material ist eine Veröffentlichung aus der Reihe der „Praxisbausteine“ des BLK-Programms „Demokratie lernen & leben“ und wurde in Rheinland-Pfalz entwickelt.

Kopieren und Weiterreichen der Materialien sind bis zum Ende des Programms am 31. März 2007 ausdrücklich gestattet. Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung des BMBF, der BLK oder der Koordinierungsstelle wieder; generell liegt die Verantwortung für die Inhalte bei den Autoren.

Die Materialien stehen als kostenlose Downloads zur Verfügung:
www.blk-demokratie.de (Bereich Materialien/Praxisbausteine)

BLK-Programm „Demokratie lernen & leben“

Koordinierungsstelle

Programmträger: Interdisziplinäres Zentrum für Lehr- und Lernforschung

Freie Universität Berlin

Leitung: Prof. Dr. Gerhard de Haan

Arnimallee 12

14195 Berlin

Telefon: (030) 838 564 73

info@blk-demokratie.de

www.blk-demokratie.de

Autor des Praxisbausteins:

Hermann Groß

mail@bbs-bingen.de

Externer Entwickler:

Gerhard F. Carra, Moderator für Schulentwicklung

gcarra@web.de

Verantwortlicher Netzwerkkoordinator Rheinland-Pfalz:

Hans Berkessel, Pädagogisches Zentrum Rheinland-Pfalz

berkessel@pz.bildung-rp.de

Berlin 2006

Inhalt

	Allgemeine Kurzbeschreibung des Ansatzes	7
1	Kontext, Begründungen, Ziele bei der Entwicklung	9
2	Voraussetzungen für die Einführung bzw. Durchführung des Ansatzes	15
3	Durchführung bzw. Ablauf	17
4	Zwischenbilanz	21
5	Förderliche und hinderliche Bedingungen	23
6	Qualitätsweiterentwicklung: Standards und Kriterien für die Selbstevaluation des Ansatzes	25
7	Besondere Bemerkungen	27
	Angaben zur Schule und Kontakt/Ansprechpartner	29
	Materialien	31

Allgemeine Kurzbeschreibung des Ansatzes



Die Berufsbildende Schule Bingen (BBS Bingen) hat sich zum Ziel gesetzt, im Rahmen ihrer Schulentwicklung die Verwirklichung demokratischer Schulkultur zu fördern. Das jährlich mit mehreren Lerngruppen durchgeführte Projekt "Politik vor Ort" stellt ein wesentliches Element der Umsetzung dieser Zielsetzung dar. Dabei bereiten Auszubildende jeweils einer Klasse gemeinsam ein dreitägiges kommunalpolitisches Projekt mit Seminarcharakter vor und führen es durch.

Inhalte und Themen des Seminars sind die Aufgaben und Arbeitsweisen der Kommunen, die Interessenvertretung der einzelnen Akteure und Gruppen und die Herbeiführung von Entscheidungen auf der Grundlage von Beschlüssen demokratisch legitimierter Institutionen.

Die Auszubildenden nehmen an einer Sitzung des Stadtrates teil, befragen Vertreter der kommunalen Verwaltung und der Ausbildungsbetriebe über die Kooperation zwischen Ausbildungsbetrieben und Kommunen. Dabei geht es beispielsweise um Themen wie Arbeitsplatzsicherung, Ausbildungsplätze, Jugendprojekte, die Gründung von Jugendparlamenten oder -initiativen oder die partizipative Planung von Freizeiträumen oder -flächen für Jugendliche. Zum Abschluss führen sie selbst im Rollenspiel eine Stadtrats- oder Ausschusssitzung durch. Dabei nutzen sie eine Vielfalt verschiedener Methoden wie Befragung, Internetrecherche, Vortrag, Plakaterstellung u.a.m.

Langfristig sollen die Jugendlichen über dieses Projekt an Inhalte und Formen demokratischer Beteiligung in der Kommune herangeführt werden, d. h. dass die beteiligten Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Projektes eigene Wünsche, Bedürfnisse und Probleme formulieren und diese in den kommunalpolitischen Entscheidungsprozess einbringen, diesen Prozess verfolgen und versuchen mit den ihnen zur Verfügung stehenden partizipativen Möglichkeiten zu beeinflussen.



1 Kontext, Begründungen, Ziele bei der Entwicklung

1.1 Ausgangslage

„Politikverdrossenheit, Null Bock, ich kann ja doch nichts ändern“, so oder ähnlich lauten die Stichworte im Zusammenhang von Politik und Jugend. Dieses gesellschaftliche Phänomen offenbarte sich auch in der BBS Bingen und hier vor allem im Sozialkundeunterricht. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, kann mit traditionellem Unterricht diesbezüglich nur wenig in dem Verhalten von Jugendlichen verändert werden. Hinzu kamen die Klagen der Ausbildungsbetriebe über zunehmendes politisches Unverständnis ihrer Auszubildenden.

Deshalb geht die BBS Bingen seit einigen Jahren neue Wege. Seit 1999 findet in Rheinland-Pfalz eine neue und bundesweit bisher einmalige Form der Lernortkooperation statt, an der neben der Berufsbildenden Schule Bingen mehrere Unternehmen (Fa. Boehringer Ingelheim Pharma KG, Sparkasse Rhein-Nahe, Volksbank Alzey, Sparkasse Alzey) und der rheinland-pfälzische Landtag beteiligt sind. Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, das handlungsorientierte und praxisnahe Projekt als festen Bestandteil in die duale Ausbildung der Unternehmen zu

integrieren, um so den Auszubildenden die Möglichkeit zu geben, Einblicke in die Arbeit des Landtages zu gewinnen, Verständnis für politische Ereignisse und Zusammenhänge zu entwickeln und politisches Interesse zu wecken. Damit können auch möglicherweise bestehende Vorurteile gegenüber Politik, Politikern und Institutionen der parlamentarischen Demokratie abgebaut und die Jugendlichen zu einem eigenen kritischen und differenzierten Urteil befähigt werden.

Dass dies notwendig ist, wurde auch beim Besuch der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ des Landtags Rheinland-Pfalz im Januar 2005 in der Diskussion mit den Beteiligten (Vertretern der beteiligten Unternehmen, Auszubildenden und Fachlehrern der BBS Bingen) über die an der BBS Bingen durchgeführten Projekte und die daraus resultierenden Erfahrungen deutlich.

So stellten die Beteiligten fest, dass solche Veranstaltungen zwar sehr sinnvoll sind, da man hier mit Politik direkt konfrontiert wird und hautnah spürt, wie Politiker arbeiten und Entscheidungsprozesse funktionieren. Andererseits wurde auch offen Kritik geübt in Äußerungen wie:

„Ich habe das Gefühl nichts zu erreichen.“

„Bis sich etwas ändert, dauert es viel zu lange.“

„Die Sprache der Politiker ist schwer verständlich.“

„Die Themen der großen Politik sind doch nichts für mich.“

Es wurde nach mehreren Seminaren dieser Art deutlich, dass zwar auf der einen Seite durch den handlungsorientierten Ansatz des Projektes Politikinteresse und auch ein verbessertes Politikverständnis bei den Jugendlichen geweckt wurde, andererseits aber die politischen Inhalte und Handlungsweisen sehr weit vom täglich erlebten Lebenshorizont der Jugendlichen entfernt waren.

Es lag daher nahe, den auf der landespolitischen Ebene erprobten Ansatz auf die kommunalpolitische Ebene zu übertragen, die näher an der Lebens- und Erfahrungswelt der Jugendlichen ist und diese direkt betrifft.

1.2 Leitbild und Schulprogramm

Auslöser für die Teilnahme der BBS Bingen an dem Modellprogramm *Demokratie lernen & leben* war das Konzept der Schulentwicklung. Seit dem Jahre 2001 besitzt die BBS Bingen ein Leitbild, in dem es u. a. heißt:

Als Berufsbildende Schule

- sind wir Partner von ausbildenden Unternehmen, Innungen, Kammern und Auszubildenden
- vermitteln wir allgemeine und berufliche Kompetenzen.

Der Umgang mit allen am Schulleben Beteiligten wird bestimmt durch

- Respekt vor der Persönlichkeit anderer, Offenheit und eine positive Grundhaltung
- Transparenz unserer Entscheidungen
- Verantwortung und Freude an der persönlichen Leistung
- klare Absage an Gewalt und Diskriminierung
- Toleranz gegenüber anderen Religionen und Kulturen.

Auf diesem Leitbild aufbauend möchte die Schulgemeinschaft der BBS Bingen die Chance zu einer demokratischen Weiterentwicklung der Schulkultur wahrnehmen und den bereits eingeschlagenen Weg fortsetzen.

1.3 Ziele bei der Entwicklung

Ausgehend von dem Problem des politischen Desinteresses bei vielen Jugendlichen beschloss die BBS Bingen die Schülerinnen und Schüler durch projekt- und handlungsorientierte Angebote für politische Prozesse in einer demokratischen Gesellschaft zu sensibilisieren.

In dem Projekt "Politik vor Ort" soll das politische Interesse der teilnehmenden Jugendlichen geweckt und ihr Verständnis (kommunal-)politischer Entscheidungen, ihrer Voraussetzungen und Zusammenhänge gefördert werden. Dabei werden einerseits Informationen über die Arbeit kommunalpolitischer Institutionen, über die Strukturen der Verwaltung und die Aufgaben ihrer Leitungsorgane sowie über die Mitwirkung an jugendgerechten Formen der Partizipation auf kommunaler Ebene vermittelt.

Andererseits wird durch die Teilnahme an Stadt- bzw. Gemeinderats- oder Ausschusssitzungen und durch Gespräche mit Abgeordneten ein Blick hinter die Kulissen ermöglicht. Und schließlich werden die dabei gewonnenen Erfahrungen und Einsichten handlungsorientiert im Rollenspiel umgesetzt und dabei die Funktionsweise von Demokratie im unmittelbaren Nahraum erlebbar gemacht.

Ziele für die Teilnehmenden im Einzelnen

- Die Auszubildenden erlangen Deutungs- und Orientierungswissen bezüglich kommunaler politischer Strukturen, Handlungs- und Entscheidungsprozesse.
- Die Auszubildenden erfahren Politik als konkreten Gegenstand ihres täglichen Lebens (dies auch, da berufliche Ausbildung, Schule und Politik direkt miteinander "verbunden" werden).
- Vorurteile gegenüber den vermeintlich handlungsunfähigen Politikern werden abgebaut, da Auszubildende am "eigenen Leibe" erfahren, dass "Demokratie"

(d. h. die Aushandlung von Beschlüssen und Kompromissen, die Pflege einer Diskussionskultur, die Kenntnis und Einhaltung der Regularien z. B. beim Abstimmungsprozedere etc.) gar nicht so einfach zu realisieren ist.

- Hemmschwellen gegenüber der Politik werden abgebaut, da Auszubildende durch persönlichen Kontakt Politiker als "normale Menschen" erleben.
- Jugendgemäße Methodenvielfalt weckt ein verstärktes Interesse für Politik.
- Kommunikative Kompetenzen werden angewendet und verstärkt durch Gespräche mit Experten vor Ort.
- Politische Handlungskompetenz wird u. a. durch Rollenspiele zu kommunalpolitischen Themen entwickelt.
- Medienkompetenz wird angewandt durch die Nutzung des Internet und anderer Medien als Recherche- und Präsentationsmedien.
- Jugendliche erleben und erfahren demokratische Umgangsformen praktisch und lernen sie adäquat einzusetzen.
- Sozial- und Teamkompetenz wird in den überwiegend handlungs- und gruppenorientierten Aktivitäten gefördert.
- Durch den Wechsel des Lernortes wird die Motivation gefördert.
- Es werden Interdependenzen zwischen Kooperationspartnern über den Schulalltag hinaus erkannt und für spätere Aktivitäten nutzbar gemacht.

Ziele für die Schule

- Der "demokratische Geist" in der Schule wird gestärkt und auf eine breitere Basis gestellt.
- Es wird eine Basis zur Weiterentwicklung einer demokratischen Schule geschaffen.
- Damit trägt das Projekt auch zur Gewaltprävention bei.
- Das Schulprofil gegenüber den Partnern und in der Öffentlichkeit wird (weiter-) entwickelt.
- Das Prinzip der Lernortkooperation als Kernelement des pädagogischen Konzepts der Schule wird stabilisiert und ausgebaut.
- Verstärkte Teamentwicklung wird praktiziert.
- Lernfeld und Fächer übergreifende Zusammenarbeit wird ermöglicht.
- Zur Unterstützung der Nachhaltigkeit wird eine partizipative Unterrichtskultur als flankierende Maßnahme aufgebaut.

Ziele der Kooperationspartner

- Es wird ein gesellschaftlicher Beitrag zur Heranbildung mündiger Staatsbürgerinnen und Staatsbürger geleistet.
- Damit wird erreicht, dass die Auszubildenden als verantwortungsbewusste Mitarbeiter auf einem höheren Verständnisniveau und mit größerem Engagement im beruflichen Bereich tätig werden können.
- Die Selbstständigkeit der Auszubildenden wird dabei gefördert.

- Es wird die Identifikation der Jugendlichen mit der Region auf der kommunalpolitischen Ebene unterstützt.
- Partizipationsmöglichkeiten an Prozessen der kommunalen Verwaltung werden aufgezeigt.
- Jugendliche werden im Hinblick darauf sensibilisiert, wie das Gemeinwesen für den Einzelnen nutzbar ist.
- Stadt- und Gemeindeverwaltungen und Unternehmen erhalten die Möglichkeit ihre Tätigkeit eingebettet in den kommunalen Kontext transparent zu machen.
- Durch das Erkennen und Erleben partizipativer Möglichkeiten der Interessenswahrnehmung, kontroverser Diskussionen von unterschiedlichen Positionen, der Notwendigkeit von Kompromissen und der Anerkennung demokratisch legitimer Mehrheitsentscheidungen wird auch ein Beitrag zur Gewaltprävention geleistet.



2 Voraussetzungen für die Einführung bzw. Durchführung des Ansatzes

2.1 Schulische Rahmenbedingungen

Die Voraussetzungen für das praktische Anwenden und Erleben partizipativer Strukturen sind im schulischen Alltag einer berufsbildenden Schule nicht unbedingt ideal. Das gilt insbesondere deshalb, weil die Auszubildenden als Teilzeitschülerinnen und -schüler die Schule nur als einen - auch zeitlich begrenzten - Teilbereich ihrer Ausbildung wahrnehmen.

Das Fach Sozialkunde als Leitfach für Bildung und Erziehung zur Demokratie kann das nur zu einem geringen Maß kompensieren, da die Auszubildenden in der Regel nur eine Wochenstunde Sozialkundeunterricht haben. Hinzu kommt, dass ein Teil dieses Unterrichts inhaltlich auf die abzulegenden Kammerprüfungen ausgerichtet ist, in denen vor allem Themen aus dem Bereich Arbeits-, Tarif- und Sozialrecht behandelt werden.

Will man dem gesteckten Ziel, Verständnis für politische Ereignisse und Zusammenhänge zu entwickeln, politisches Interesse zu wecken, Vorurteile

gegenüber Politik, Politikern und demokratisch legitimierten Institutionen abzubauen und zum demokratischen Handeln zu befähigen, gerecht werden, sind die gegebenen Rahmenbedingungen nicht unproblematisch.

Unter Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen entschied sich die BBS Bingen in einem ersten Schritt für die Durchführung des dreitägigen Projektes "Politik vor Ort" im Rahmen des BLK-Modellprogramms. Eine förderliche Rahmenbedingung hierfür waren umfangreiche Erfahrungen und eine insgesamt positive Konnotation der Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer bezüglich des Projektlernens als Unterrichtsprinzip. Eine direkte Verknüpfung mit anderen Schwerpunkten der „partizipativen Unterrichtskultur“ wie Klassenrat oder Gewaltprävention ist wegen der Ausdifferenzierung in unterschiedliche Schularten so ohne weiteres nicht möglich. So wird das Projekt „Politik vor Ort“ bislang ausschließlich mit Berufsschulklassen durchgeführt, während Klassenräte und Gewaltprävention vor allem in den Berufsfachschulklassen ein- bzw. durchgeführt werden.

2.2 Lernortkooperation

Die gute Zusammenarbeit mit den Partnerunternehmen im dualen Bildungssystem führte zu der Überlegung, das Projekt im Rahmen einer **Lernortkooperation** durchzuführen. Diese Zusammenarbeit ist schon in der Berufsschulordnung des Landes zu Grunde gelegt. Dort heißt es im § 3 *Kooperation*: (2): „Zur Förderung des gemeinsamen Ausbildungszieles wirken die Schulen an dem gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den an der schulischen und betrieblichen Ausbildung beteiligten Personen über Inhalte, Methoden, Entwicklungen des Lernprozesses und der Unterrichtsorganisation kooperativ mit.“ Gerade die Mitwirkung von Unternehmen zeigt den Jugendlichen, dass politisches Interesse und möglicherweise auch Engagement keine „private“ Angelegenheit sind, sondern auch im Rahmen von Ausbildung und Beruf eine bedeutende Rolle spielen. Insofern ist die Kooperation mit ausbildenden Unternehmen für dieses Projekt von weit reichender Bedeutung.

Die *Lernortkooperation* als Prinzip und strukturelles Element des Projektes bietet darüber hinaus den Vorteil, durch den Lernortwechsel nicht nur die Motivation aller Beteiligten zu verbessern, sondern die wechselseitige Wertschätzung des Projektes durch Beteiligung der Akteure aus Schule, Unternehmen und Gemeinde auch nach außen sichtbar zu machen. Dabei können neben den Lehrerinnen und Lehrern sowohl die beteiligten Ausbilderinnen und Ausbilder als auch kommunale Beamte die Funktion von Referenten oder Moderatoren übernehmen.



3 Durchführung bzw. Ablauf

Im Rahmen einer Gesamtkonferenz beschloss das Kollegium der BBS Bingen mit großer Mehrheit am Modellprogramm *Demokratie lernen & leben* teilzunehmen. Kurze Zeit später konstituierte sich eine Steuergruppe, die inzwischen aus acht Kolleginnen und Kollegen besteht, die neben dem Schwerpunktfach Sozialkunde auch andere Fachprofessionen besitzen. Da bereits Erfahrungen mit einem Politikseminar auf Landesebene in Zusammenarbeit mit dem Landtag Rheinland-Pfalz bestanden, einigte man sich darauf, diesen Weg in modifizierter Form, d. h. auf der kommunalen Ebene fortzusetzen.

Im Rahmen von Lernortkooperationsgesprächen eruierten die Kolleginnen und Kollegen, inwieweit Interesse und Bereitschaft von Seiten der Ausbildungsbetriebe an einem solchen Ansatz bestehen. Dies war deshalb wichtig, da die Ausbildungsbetriebe sowohl entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung als auch jeweils einen Ausbilder/eine Ausbilderin für drei Tage frei stellen sollten. Gerade bei größeren Betrieben stieß die Idee auf großes Interesse und gute Resonanz.

Danach wurden jeweils Gespräche mit den kommunalen Verwaltungen geführt (z. B. Stadtverwaltung Alzey, Stadtverwaltung Bingen), die ebenfalls ihr großes

Interesse und ihre Bereitschaft signalisierten, an einem solchen Projekt teilzunehmen.

Im Rahmen einer überregional ausgerichteten und Schulart übergreifenden Fortbildungsveranstaltung wurde dann das in enger Kooperation mit der Projektleitung des Modellprogramms erarbeitete Konzept interessierten Kolleginnen und Kollegen vorgestellt und in Phasen selbst erprobt.

Die Fachkonferenz Sozialkunde der BBS Bingen legte danach einen „Fahrplan“ fest, in dem vereinbart wurde, welche Klassen an dem Projekt teilnehmen sollten. Hierbei mussten schulische Interessen (z. B. Blockphasen, Prüfungszeiten), Interessen der Ausbildungsbetriebe (z. B. betriebliche bzw. überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen) und Vorgaben der kommunalen Verwaltungen (z. B. Sitzungstage des Stadtrates, Termine des Bürgermeisters) koordiniert werden.

3.1 Projektleitung und Lehrkräfte

Bei den ersten Seminaren übernahm der für den Modellprogramm zuständige Koordinator an der BBS Bingen die Projektleitung. Gemeinsam mit dem entsprechenden Fach- bzw. Klassenlehrer führte er die vorbereitenden Gespräche mit den ausgewählten Ausbildungsbetrieben und kommunalen Verwaltungen und begleitete das Projekt beratend. Auf der Basis des ausführlichen und praxisorientierten Materials leiten inzwischen die teilnehmenden Fach- bzw. Klassenlehrer das Projekt selbstständig (siehe Materialien:

[Checkliste zur Vorbereitung und Durchführung des Projektes](#)

[Programmablauf „Politik vor Ort“ am Beispiel Alzey](#)

[Fragen zum Verlauf einer Stadt- oder Gemeinderats- oder Ausschusssitzung](#)

[Themen für die Plakatgestaltung, Internet-Rallye](#)

[Lösungsblätter](#)

[Fragenkatalog zur Vorbereitung eines Gesprächs mit dem Landrat/](#)

[Oberbürgermeister/ Bürgermeister](#)

[Rollenspiel: Debatte im Stadtrat – Stadtratssitzung](#)

[Arbeitskarte \(Basisinformation\) zum Thema „Jugendparlament“](#)

[Rollenspiel - Ausschusssitzung im Stadt- oder Gemeinderat \(Rollenkarten\)](#)

[Sitzordnung für das Rollenspiel „Auschusssitzung“](#)

[Bewertungsbogen Plakatpräsentation](#)

[Feedback-Bogen zur Beurteilung des Projektes](#)).

3.2 Schulleitung

Die Schulleitung unterstützt das Projekt uneingeschränkt. Sie wird regelmäßig informiert und motiviert Kolleginnen und Kollegen das Projekt auch in ihren Klassen durchzuführen. Außerdem nehmen Mitglieder der Schulleitung an den stattfindenden Seminaren teil.

3.3 Schülerinnen und Schüler

Zunächst trafen die beteiligten Lehrkräfte die Entscheidung über die Durchführung des Projektes. Die sehr positive Resonanz der Schülerinnen und Schüler auf dieses Projekt hat sich in der Schule und den Ausbildungsbetrieben herum gesprochen, so dass inzwischen auch von Schülerseite der Wunsch zur Durchführung von "Politik vor Ort" geäußert wird. Dies erleichtert auch eine stärkere Beteiligung der Schülerinnen und Schüler bei der Planung und Durchführung sowie der Weiterentwicklung des Projektes. Die Vor- und Nachbereitung des Projektes ist unverändert im Sozialkundeunterricht der betreuenden Fachkolleginnen und -kollegen angesiedelt. Im Lehrplan des Faches finden sich leichte Verknüpfungsmöglichkeiten etwa bei den Themen: „Kommunale Verwaltung“ oder „politische Beteiligung“.

3.4 Ausbildungsbetriebe

Das Interesse der Ausbildungsbetriebe und die Bereitschaft zur Mitarbeit (vor allem derjenigen, die bereits an einem solchen Projekt beteiligt waren) ist sehr groß. Dies belegt u. a. auch die konkrete Nachfrage einzelner Unternehmen nach dem nächsten Projekt. Das Engagement im Rahmen des Projektes reicht von finanzieller Unterstützung (z. B. für Materialien, Verpflegung etc.) bis hin zur Übernahme einer aktiven Rolle im Verlauf des Seminars (z. B. als Referenten zum Thema „Politik und Wirtschaft“).





4 Zwischenbilanz

4.1 Schule

Grundsätzlich ist das Feedback aller Beteiligten sehr positiv. So würden ca. 90% der Schülerinnen und Schüler nach eigener Aussage sofort wieder an einem solchen Projekt teilnehmen. Auch von Seiten der beteiligten Kolleginnen und Kollegen ist die Resonanz sehr positiv. Durch die unterschiedlichen Methoden gelingt es, fast alle Schülerinnen und Schüler anzusprechen und sie so wesentlich besser für politische Abläufe zu sensibilisieren, als dies in einem einstündigen Fachunterricht oder im Schulalltag möglich ist.

Da die Nachhaltigkeit eines für die jeweilige Schülergruppe einmaligen Projektes naturgemäß begrenzt ist, finden Überlegungen statt, parallel dazu die partizipative Unterrichts- und Schulkultur auszubauen und zu verbessern. Auf einer Dienstbesprechung mit dem Thema „Partizipation von Schülerinnen und Schülern an der BBS Bingen“ wurden deshalb partizipative Modelle besprochen, deren Einführung ab dem Schuljahr 2006/2007 geplant ist. Angedacht wurde, dass z. B. in allen Schulformen ein „Klassenrat“ eingeführt werden könnte, aus dem sich dann „Schulformparlamente“ (z. B. für die Klassen der Berufsfachschule I und II, für die Höheren Berufsfachschulklassen und die Klassen der Berufsoberschulen) entwickeln könnten. Da in den Berufsschulklassen regelmäßige

Lernortkooperationssitzungen stattfinden, wäre es wünschenswert und denkbar diese **mit** den Schülerinnen und Schülern (Auszubildenden) **gemeinsam** durchzuführen. Angestrebtes Schulentwicklungsziel wäre dann die Einrichtung eines „Schulparlaments“, in dem alle am Schulleben Beteiligten (Schülerinnen und Schüler, Ausbildungsbetriebe, Eltern und Lehrer) vertreten sind.

Trotz der o. g. schwierigen Rahmenbedingungen einer berufsbildenden Schule darf angenommen werden, dass die Kombination aus Weiterentwicklung partizipativer Schul- und Unterrichtskultur und Praxisprojekt „Politik vor Ort“ als Basiselement einen effektiven Beitrag zur Weiterentwicklung einer demokratischen Schule leisten kann.

4.2 Ausbildungsbetriebe

Auch die beteiligten Ausbildungsunternehmen sind von diesem Projekt überzeugt, da hier ihren Auszubildenden die Möglichkeit geboten wird, die Bedeutung politischer Abläufe nicht nur für den persönlichen Bereich, sondern auch und gerade für das eigene Unternehmen zu erfahren. Das Erkennen der Interdependenzen zwischen dem Unternehmen und Behörden der kommunalen Verwaltung wird als wesentliche Voraussetzung gesehen, um aus Auszubildenden selbstständige und im politisch-gesellschaftlichen Sinne „mündige“ Mitarbeiter eines modernen Unternehmens zu machen. Damit nehmen die Betriebe einerseits eine gesellschaftliche Aufgabe wahr, ziehen aber andererseits auch selbst Nutzen daraus, da mündige Mitarbeiter mit Kompetenzen wie Selbstverantwortung, Selbstbestimmung und Wahrnehmung partizipativer Möglichkeiten auch ein entsprechendes Verständnisniveau im beruflichen Bereich erwarten lassen.

4.3 Kommunale Partner

Die Partner aus der kommunalen Verwaltung ziehen ebenfalls ein sehr positives Resümee. So wird die Überzeugung geäußert, dass dieses Projekt im Bereich Öffentlichkeitsarbeit für die kommunale Verwaltung eine wichtige Rolle spielt, die nicht etwa lästige Pflicht („Störung der Routine“), sondern im Gegenteil als vorrangige Aufgabe zu verstehen ist. Die Sensibilisierung Jugendlicher für die demokratischen Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung der Lebensverhältnisse vor Ort kann darüber hinaus auch einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention leisten (Vermeidung von Ohnmachtsgefühl oder so genannter „aggressiver Langeweile“).

Auch von den kommunalen Partnern wird gewünscht, dass ein solches Projekt kontinuierlich wiederholt wird. Außerdem wird angeregt, dass sich Schulen miteinander vernetzen sollten oder - wie in diesem BLK-Modellprogramm praktiziert - dass exemplarische Erfahrungen im Netz für andere nutzbar gemacht werden, um eine gewisse Nachhaltigkeit bzw. Flächenwirkung zu erzielen.



5 Förderliche und hinderliche Bedingungen

Förderliche Bedingungen

Als sehr förderlich erwies sich das Engagement der Schulleitung für dieses Projekt. Projektleitung, beteiligte Kolleginnen und Kollegen und Klassen bekamen jede Unterstützung und können sicher sein, dass das Projekt „Politik vor Ort“ auch in Zukunft gefördert wird.

Ebenfalls förderlich waren die bereits vorhandenen, sehr guten Kontakte zu ausbildenden Unternehmen, so dass viele Absprachen auf einem sehr kurzen, unbürokratischen Weg getroffen werden konnten.

Die Erfahrungen aus dem Prozess der Lernortkooperation konnten genutzt werden. Zum einen bestand bereits ein Netzwerk von Kontakten, das erneut für das Projekt genutzt werden konnte, zum anderen konnte man auf die Ergebnisse und Erfahrungen der Lernortkooperation zurückgreifen.

Hinderliche Bedingungen

Problematisch ist die praktische Umsetzung des Projektes in Klassen mit Teilzeitunterricht. Da die Schülerinnen und Schüler nur an einem Tag in der Woche den Berufsschulunterricht besuchen, müssen die Kooperationspartner sehr flexibel sein und das Seminarprogramm situativ modifizieren (z. B. Verlegung eines Berufschultages, Kürzung des Programms auf 2 Tage etc.).

Hinderlich war und ist in diesem Zusammenhang z. T. die Tatsache, dass kleinere Ausbildungsbetriebe weniger Interesse an einer politischen Sensibilisierung ihrer Auszubildenden zeigen, als dies in großen Unternehmen der Fall ist. Dies hat zur Folge, dass das Projekt „Politik vor Ort“ bis heute lediglich in Kooperation mit großen Unternehmen durchgeführt wurde. Hier wäre für die Zukunft die Aufgabe und das Ziel, im Rahmen von Kooperationsgesprächen auch kleinere Ausbildungsbetriebe für diesen Ansatz des Demokratielernens und -erlebens in Form einer Lernortkooperation zu motivieren.



6 Qualitätsweiterentwicklung: Standards und Kriterien für die Selbstevaluation des Ansatzes

6.1 Standardisierter Feedbackbogen

Nach Abschluss des Projektes erfolgt jeweils eine Rückmeldung durch Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Hierzu wird - neben der unmittelbaren verbalen Rückmeldung - ein standardisierter Feedbackbogen verwendet (s. [Feedback-Bogen zur Beurteilung des Projektes](#)). Die Auswertung gibt Aufschluss darüber, in wie weit die vorgegebenen Ziele erreicht wurden bzw. welche konzeptionellen, inhaltlichen oder organisatorischen Aspekte verbessert werden können.

6.2 Feedbackgespräche

Mit den Kolleginnen und Kollegen und den kooperierenden Ausbildungsunternehmen finden nach jedem Projektdurchlauf Feedbackgespräche statt, so dass auch von dieser Seite Erfolg oder Misserfolg evaluiert werden können. Dabei wird von allen Partnern der Wunsch geäußert, dass ein solches Projekt häufiger stattfinden sollte. Es wird angeregt, dass sich Schulen vernetzen und bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Projektes in Form eines Seminars zusammen arbeiten könnten. Ansätze dazu sind bereits vorhanden (siehe unter

Kapitel 7 „Besondere Bemerkungen“). Ebenso wird angeregt, via Internet anderen interessierten Schulen ein Informations- und Austauschforum zur Verfügung zu stellen, eine Idee, die durch das Prinzip der Praxisbausteine im BLK-Programm realisiert wird.

Die zur praktischen Umsetzung des Projektes notwendigen Materialien, die hier als Download zur Verfügung stehen (vgl. Abschnitt 3.1), können zusätzlich bei der BBS Bingen per E-Mail als WORD-Dateien kostenlos angefordert werden. Auf diese Weise lassen sich z. B. bei der Durchführung der Internet-Rallye ([Internet-Rallye](#), [Lösungsblätter](#)) die dort bereit gestellten Informationen und Aufgaben mit geringem Aufwand auf die jeweiligen Verhältnisse vor Ort, in der eigenen Stadt oder Gemeinde, anpassen.



7 Besondere Bemerkungen

Ein ganz wesentlicher Aspekt des Projektes ist die Kooperation mit Ausbildungsunternehmen. Erst durch die Vernetzung der beiden Ausbildungspartner wird den Jugendlichen deutlich, dass Kenntnisse über und Interesse für Politik, für politische Verfahrensweisen und Abläufe nicht nur für den schulischen Alltag von Bedeutung sind, sondern auch den beruflichen und persönlichen Alltag bestimmen und für die berufliche Entwicklung förderlich sind.

Eine weitere Bedeutung gewinnt dieses Projekt durch die dauerhaften Kontakte und Verbindungen zu den politischen Verwaltungen im Einzugsgebiet der BBS Bingen. Hier wird es möglich ein Netzwerk zwischen den Kooperationspartnern der BBS Bingen (Ausbildungsbetriebe, Verwaltungen und Schule) aufzubauen, das neben dem bereits geschilderten Ziel auch in anderen Bereichen (z.B. Zusammenarbeit mit Jugendämtern) von Vorteil ist.

Als konzeptionelle und quantitative Weiterentwicklung von „Politik vor Ort“ ist geplant, das Projekt in die Schulpartnerschaft mit der Berufsbildenden Schule Sonneberg/Thüringen zu integrieren. Es ist vorgesehen, dass je eine Klasse aus Bingen und aus Sonneberg an diesem Projekt teilnehmen. Der Ablauf könnte so aussehen, dass "Politik vor Ort" zunächst über drei Tage in Bingen und direkt im

Anschluss in Sonneberg durchgeführt wird. Dabei soll über die bisherigen Ziele hinaus den Schülerinnen und Schülern ein Vergleich kommunaler Verwaltungen und politischer Entscheidungsprozesse über ihren unmittelbaren eigenen Lebenshorizont ermöglicht werden. Sollte dies aus organisatorischen oder anderen Gründen nicht möglich sein, dann ist daran gedacht, dieses Projekt im Wechsel (einmal in Bingen, dann in Sonneberg) stattfinden zu lassen.

Angaben zur Schule und Kontakt/Ansprechpartner

Berufsbildende Schule, Bingen
Pennrichstr. 9
55411 Bingen am Rhein

Tel: (06721) 131 55
Fax: (06721) 131 56

E-Mail: mail@bbs-bingen.de
Homepage: www.bbs-bingen.de

Schulleiter: Rüdiger Klein
Ansprechpartner: Herrmann Groß
Schülerzahl (Schuljahr 05/06): 1461
Anzahl der Kollegen (Schuljahr 05/06): 86
Anzahl anderer Mitarbeiter: 7

Lage, Einzugsbereich und Schülerschaft:

Die BBS Bingen liegt in landschaftlich reizvoller Lage auf einer Anhöhe direkt über dem Rhein mit einem wunderbaren Ausblick auf das Rheintal.

Sie hat ein ländliches Einzugsgebiet, zu dem der südliche Teil des Kreises Mainz-Bingen, der Hunsrück und der Raum Bad Kreuznach gehören.

Die BBS Bingen bietet unter einem Dach in der Schulform Berufsschule Ausbildungsgänge sowohl im kaufmännischen als auch im gewerblich-technischen Bereich an. Daneben werden in der Höheren Berufsfachschule die Schwerpunkte Betriebswirtschaft, Datenverarbeitung und Informatik, in den Berufsfachschulen I und II Elektrotechnik, Ernährung und Wirtschaft und in Berufsoberschule und der Dualen Berufsoberschule Technik und Wirtschaft abgedeckt.

Materialien

Die folgenden Materialien vermitteln Informationen und Hinweise zur Durchführung eines dreitägigen Projektes und stellen weitgehend die dazu notwendigen Materialien und Arbeitsblätter zur Verfügung - bis hin zur Leistungsbeurteilung (in Wettbewerbsform) und zur Auswertung mit Hilfe eines Feedbackbogens. Dabei können die Materialien mit geringem Aufwand auf die jeweiligen Verhältnisse „vor Ort“ hin modifiziert und ergänzt werden. Damit ist eine Adaption und Umsetzung des Projektes - auch in Teilen - jederzeit ohne großen Vorbereitungsaufwand möglich. Zusätzlich kann bei der BLK-Projektleitung Rheinland-Pfalz (s. unter www.net-part.rlp.de) kostenlos eine CD angefordert werden, die Informationen und Impressionen zum Fortbildungsseminar „Politik vor Ort“ enthält.

Checkliste zur Vorbereitung und Durchführung des Projektes

Programmablauf „Politik vor Ort“ am Beispiel Alzey

Fragen zum Verlauf einer Stadt- oder Gemeinderats- oder Ausschusssitzung

Themen für die Plakatgestaltung

Internet-Rallye

Lösungsblätter

Fragenkatalog zur Vorbereitung eines Gesprächs mit dem Landrat/ Oberbürgermeister/ Bürgermeister

Rollenspiel: Debatte im Stadtrat – Stadtratssitzung

Arbeitskarte (Basisinformation) zum Thema „Jugendparlament“

Rollenspiel - Ausschusssitzung im Stadt- oder Gemeinderat (Rollenkarten)

Sitzordnung für das Rollenspiel „Auschusssitzung“

Bewertungsbogen Plakatpräsentation

Feedback-Bogen zur Beurteilung des Projektes

CHECKLISTE zur Vorbereitung und Durchführung des Projekts

verantwortlich/zuständig	Tätigkeit - Maßnahmen	Termin	erledigt
betreuender Lehrer	Terminabsprache mit kommunaler Verwaltung: Landrat/Oberbürgermeister/Bürgermeister Ausschusssitzung Mitglieder des Ausschusses	6 - 8 Wochen vor dem Projekt	
betreuender Lehrer	schriftliche Einladung: Landrat/Oberbürgermeister/Bürgermeister zum Gespräch (in Verbindung mit dem „Fragebogen“ und Informationen über die Teilnehmer) Abgeordnete aller Fraktionen und Ausschussvorsitzende/r zum Gespräch nach der Ausschusssitzung (+ Informationen über die Teilnehmer)	4 - 6 Wochen vor dem Projekt	
betreuender Lehrer	Raumbelegung bzw. -reservierung (z.B. Computersaal)	2 - 4 Wochen vor dem Projekt	
betreuender Lehrer + Schüler	Festlegung Thema des Rollenspiels und Vorinformation der Schüler über Ziele, Inhalte, Methoden und Ablauf des Projekts	2 Wochen vor dem Projekt	
verantwortlich/zuständig	Tätigkeit - Maßnahmen	Termin	erledigt
betreuender Lehrer	Vorbereitung des Projekts: Fragebogen zur Internet-Rallye und zur Ausschusssitzung Informationspapiere und Rollenkarten zum Rollenspiel Unterlagen zur Ausschusssitzung Tischschilder Feedback-Bogen Preise	1 - 2 Wochen vor dem Projekt	
betreuender Lehrer und kommunale Verwaltung	Durchführung des Projekts		
betreuender Lehrer + Schüler	Auswertung des Projekts: Auswertung der Feedbackbögen Auswertung der mündlichen Projektkritik ggf. Verbesserungsvorschläge ggf. Mitteilung an kommunale Verwaltung	1 - 2 Wochen nach dem Projekt	

Projektverlauf „Politik vor Ort“ am Beispiel Alzey

1. Tag

Zeit	Thema	Referent	Ort
08.00 Uhr	Einführung in die Thematik: „Politik - was geht mich das an?“	Herr Schreiber	Infocenter Volksbank Alzey
10.00 Uhr	Informationen über die Stadtverwaltung und Vorbereitung der Stadtratssitzung <ul style="list-style-type: none"> - Struktur der Stadtverwaltung - Aufgaben und Arbeitsweise der Ausschüsse und des Stadtrates - Einführung in die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse - Einführung in die Tagesordnung der Sitzung des Stadtrates 	Herr Lawall Herr Rissel	Infocenter Volksbank Alzey
12.00 Uhr	Einführung in die Aufgabenstellung „Plakatgestaltung“ und Gruppeneinteilung	Herr Groß	Infocenter Volksbank Alzey

2. Tag

Zeit	Thema	Referent	Ort
09.00 Uhr	<i>Die Stadt Alzey</i> - Geschichte, Wirtschaft und Tourismus, Kultur- und Freizeitangebote, Jugendarbeit, Besonderheiten (Recherchen und Plakat-Präsentation in arbeitsteiliger Gruppenarbeit)	Herr Kosmus Herr Schreiber Herr Groß	Infocenter Volksbank Alzey
13.00 Uhr	Mittagessen		
14.00 Uhr	Internet-Rallye zum Thema <i>Politik in der Stadt Alzey</i>	Herr Schreiber Herr Kosmus Herr Groß	Infocenter Volksbank Alzey
16.00 Uhr	Teilnahme an der Sitzung des Stadtrates	Herr Lawall	Stadtverwaltung Alzey
17.30 Uhr	Nachbereitung der Sitzung Anschließend: Gespräch mit dem/der Vorsitzenden, dem Bürgermeister und/oder Mitgliedern des Stadtrates (oder ggf. mit Vertretern/innen der Fraktionen)	Herr Schreiber Herr Kosmus Herr Groß Herr Lawall	Stadtverwaltung Alzey

3. Tag

Zeit	Thema	Referent	Ort
08.30 Uhr	Rollenspiel: Durchführung einer Ausschusssitzung des Stadtrates zu einem ausgewählten kommunalpolitischen Thema	Herr Schreiber Herr Kosmus Herr Groß	Infocenter Volksbank Alzey
10.00 Uhr	Pressegespräch		
12.00 Uhr	Feedback zum Projektverlauf	Herr Schreiber	

Fragen zum Verlauf einer Stadt-, Gemeinderats- oder Ausschusssitzung

- Wer eröffnet und leitet die Sitzung?
- Wer legt die Tagesordnung fest? Gibt es aktuelle Ergänzungen? Wer entscheidet darüber?
- Wer darf das Wort ergreifen? Gibt es Redezeitbegrenzungen?
- Entwickelt sich zwischen den Abgeordneten eine direkte Diskussion?
- Erkennt man an der Art der Mitwirkung Unterschiede zwischen den Vertretern der Koalitionsfraktionen und der Oppositionsfraktionen?
- Was sind die Aufgaben des/der Vorsitzenden? Nimmt er/sie an der Diskussion teil? Nimmt er/sie an Abstimmungen teil?
- Wie beteiligen sich die Abgeordneten an der Ausschusssitzung? Nehmen alle Abgeordneten an der Diskussion teil? Kann man in Art und Umfang der Beteiligung eine bestimmte Struktur der Aufgabenverteilung erkennen?
- Erscheinen die Redebeiträge der Abgeordneten kurz oder lang, sachlich oder emotional? Gehen die Rednerinnen und Redner auf die Beiträge der Vorrednerinnen und Vorredner ein?
- Wer stimmt über die vorliegenden Anträge ab? Mit welchen Mehrheiten erfolgen die Abstimmungen? Wird immer nach der Zugehörigkeit zu Koalitions- oder Oppositionsfraktion abgestimmt?
- Sind Personen anwesend, die keine Ausschussmitglieder sind? Wenn ja, welche Funktion haben sie?

Themen für die Plakatgestaltung



Unser Kreis/Unsere Stadt/Unser Ort

Geschichte des Kreises/der Stadt/des Ortes

- ✓ historische Ereignisse
- ✓ historische Baudenkmäler
- ✓ historische Besonderheiten (Literatur, Gemälde, Musik ...)
- ✓ historische Persönlichkeiten

Wirtschaft des Kreises/der Stadt/des Ortes

- ✓ wirtschaftliche Daten (Handwerk, Dienstleistung, Erwerbstätige...)
- ✓ wirtschaftliche Strukturen
- ✓ besondere wirtschaftliche Unternehmen

Strukturdaten des Kreises/der Stadt/des Ortes

- ✓ Einwohnerzahl
- ✓ Fläche
- ✓ Verkehrsanbindung
- ✓ öffentliche Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser ...)
- ✓ Vereine
- ✓ Gastronomie

Tourismus im Kreis/in der Stadt/im Ort

- ✓ Feste und Feiern
- ✓ touristische Attraktionen und Angebote

„Jugendarbeit“ des Kreises/der Stadt/des Ortes

- ✓ Jugendeinrichtungen
- ✓ Jugendveranstaltungen
- ✓ Freizeitmöglichkeiten

Besonderheiten des Kreises/der Stadt/des Ortes

- ✓ Städtepartnerschaften
- ✓ besondere Projekte

Internet-Rallye (Fragebogen)



1. Welche Aufgaben hat ein Stadtrat?
*Hinweis: **Acht** Antworten sind richtig!*

- Die Durchführung von Wahlen
- Die Behandlung von Anträgen der Fraktionen
- Die Beschlussfassung über den Haushaltsplan
- Die Bildung von Ausschüssen und Beiräten
- Die Benennung von Straßennamen
- Beschlussfassung über neue Baugebiete
- Die Beschlussfassung über Gesetze
- Die Unterhaltung von Spielplätzen
- Die Wahl des Landrates
- Die Ernennung von Ehrenbürgermeister/innen

2. Was ist in der Geschäftsordnung (GO) eines Stadtrates geregelt?
*Hinweis: **Fünf** Antworten sind richtig!*

- Die Bekanntgabe der Sitzungen
- Die Diäten der Ratsmitglieder
- Die Bildung von Fraktionen
- Dienstreisen
- Anfragen
- Die Wahl der Beigeordneten und der Ausschussmitglieder
- Einwohnerfragestunde
- Gesetzesentwürfe: Einbringung und Gesetzesberatung

*Hinweis: Bei den Fragen 3 – 6, 7 und 10 ist nur jeweils **eine** Antwort richtig.*

3. Der Stadtrat besteht aus den gewählten Stadtratsmitgliedern.

- Diese sind Vertreter ihrer Parteien und an deren Weisungen gebunden.
- Diese sind Vertreter der Bürger/innen der Stadt, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.
- Die Stadtratsmitglieder vertreten ihrem gelernten Beruf entsprechend ihre Berufsstände und sind an weitere Aufträge nicht gebunden.

4. Nach welchen Wahlgrundsätzen wird ein Stadtrat in Rheinland-Pfalz gewählt?

- Die Ratsmitglieder werden nach reiner Verhältniswahl gewählt.
- Die Ratsmitglieder werden nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt.
- Für die Kreisstadt Alzey gilt das Mehrheitswahlrecht.

5. Was ist eine Fraktion?

- Das ist ein Zusammenschluss von Ratsmitgliedern, die in der Regel derselben politischen Partei angehören.
- Das ist ein Zusammenschluss von Ratsmitgliedern gleichen Geschlechts.
- Das ist ein Zusammenschluss von Ratsmitgliedern, die aus jeweils benachbarten Kommunen in den Kreistag entsandt werden (z. B. Alzeyer Fraktion, Osthofener Fraktion).

6. Wer wählt den Bürgermeister?

- Die vorher benannten Beigeordneten bestimmen aus ihrer Mitte ihren Vorsitzenden als Bürgermeister.
- Der Stadtrat wählt den Bürgermeister mit der Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder.
- Der Ältestenrat des Stadtrates schlägt einen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters vor, der dann von den Vorsitzenden der Stadtratsfraktion gewählt wird.
- Der Bürgermeister wird direkt von den Wahlberechtigten der Stadt gewählt.

7. Aus wie vielen Mitgliedern besteht der Stadtrat von Alzey?

8. Wie heißt der Bürgermeister und welcher Partei gehört er an?

9. Welche Fraktionen sind im Stadtrat Alzey vertreten?

- CDU
- SPD
- F.D.P
- Bündnis 90/Die Grünen
- PDS/Die Linke
- NPD
- FWG
- ÖDP

10. Die Ausschüsse der Stadt Alzey: Welche Aussagen sind richtig?

- Die Mitglieder der Ausschüsse werden aus der Mitte des Stadtrates gewählt.
- Der Stadtrat kann einen gewählten Ausschuss nicht auflösen oder ihm die Zuständigkeit entziehen

11. Zu den Ausschüssen des Stadtrates gehören:

- Der Bauausschuss
- Der Ausschuss für Soziales, Jugend und Sport
- Der Schulträgerausschuss
- Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
- Der Partnerschaftsausschuss

12. In welchen internationalen und nationalen Gesetzen und Verordnungen finden sich die rechtlichen Grundlagen der Kinder- und Jugendbeteiligung?

a) _____

b) _____

c) _____

d) _____

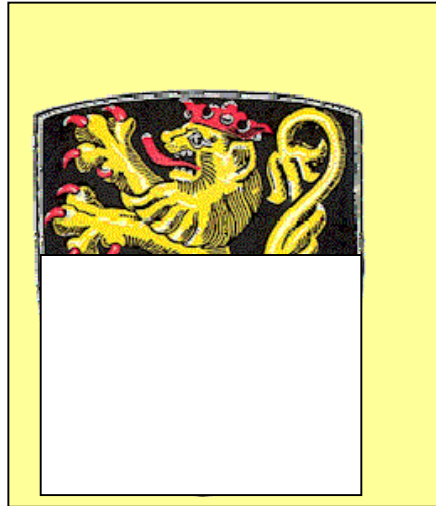
13. In welchen Berufen bildet die Stadtverwaltung aus?

14. Wie heißt die jüngste Partnerstadt von Alzey? _____

Wo liegt sie? _____

Wodurch ist sie berühmt geworden? _____

15. Das Wappen der Stadt Alzey:



Zeichne den fehlenden Teil des Wappens ein und ergänze den Lückentext!

Oben: Vor _____ Hintergrund ein wachsender rotbewehrter _____, wegen der früheren Zugehörigkeit der Stadt zur _____.

Unten: In Silber schräg rechts gestellte _____ – das Wappenschild zur Erinnerung an die ehemals in der Stadt ansässigen Geschlechter der _____.

Viel Spaß und Erfolg!

Internet-Rallye (Lösungsblätter)

1. Welche Aufgaben hat ein Stadtrat?

*Hinweis: **Acht** Antworten sind richtig!*

- Die Durchführung von Wahlen
- Die Behandlung von Anträgen der Fraktionen
- Die Beschlussfassung über den Haushaltsplan
- Die Bildung von Ausschüssen und Beiräten
- Die Benennung von Straßennamen
- Beschlussfassung über neue Baugebiete
- Die Beschlussfassung über Gesetze
- Die Unterhaltung von Spielplätzen
- Die Wahl des Landrates
- Die Ernennung von Ehrenbürgermeister/innen

2. Was ist in der Geschäftsordnung (GO) eines Stadtrates geregelt?

*Hinweis: **Fünf** Antworten sind richtig!*

- Die Bekanntgabe der Sitzungen
- Die Diäten der Ratsmitglieder
- Die Bildung von Fraktionen
- Dienstreisen
- Anfragen
- Die Wahl der Beigeordneten und der Ausschussmitglieder
- Einwohnerfragestunde
- Gesetzesentwürfe: Einbringung und Gesetzesberatung

Hinweis: Bei den Fragen 3 - 6, 7 und 10 ist nur jeweils **eine** Antwort richtig.

3. Der Stadtrat besteht aus den gewählten Stadtratsmitgliedern.

- Diese sind Vertreter ihrer Parteien und an deren Weisungen gebunden.
- Diese sind Vertreter der Bürger/innen der Stadt, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.
- Die Stadtratsmitglieder vertreten ihrem gelernten Beruf entsprechend ihre Berufsstände und sind an weitere Aufträge nicht gebunden.

4. Nach welchen Wahlgrundsätzen wird ein Stadtrat in Rheinland-Pfalz gewählt?

- Die Ratsmitglieder werden nach reiner Verhältniswahl gewählt.
- Die Ratsmitglieder werden nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt.
- Für die Kreisstadt Alzey gilt das Mehrheitswahlrecht.

5. Was ist eine Fraktion?

- Das ist ein Zusammenschluss von Ratsmitgliedern, die in der Regel derselben politischen Partei angehören.
- Das ist ein Zusammenschluss von Ratsmitgliedern gleichen Geschlechts.
- Das ist ein Zusammenschluss von Ratsmitgliedern, die aus jeweils benachbarten Kommunen in den Kreistag entsandt werden (z. B. Alzeyer Fraktion, Osthofener Fraktion).

6. Wer wählt den Bürgermeister?

- Die vorher benannten Beigeordneten bestimmen aus ihrer Mitte ihren Vorsitzenden als Bürgermeister.
- Der Stadtrat wählt den Bürgermeister mit der Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder.
- Der Ältestenrat des Stadtrates schlägt einen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters vor, der dann von den Vorsitzenden der Stadtratsfraktion gewählt wird.
- Der Bürgermeister wird direkt von den Wahlberechtigten der Stadt gewählt.

7. Aus wie vielen Mitgliedern besteht der Stadtrat von Alzey? **32**

8. Wie heißt der Bürgermeister und welcher Partei gehört er an?

Knut Benkert, SPD

Internet-Rallye (Lösungsblätter, Fortsetzung)

9. Welche Fraktionen sind im Stadtrat Alzey vertreten?

- CDU
- SPD
- F.D.P
- Bündnis 90/Die Grünen
- PDS/Die Linke
- NPD
- FWG
- ÖDP

10. Die Ausschüsse der Stadt Alzey: Welche Aussagen sind richtig?

- Die Mitglieder der Ausschüsse werden aus der Mitte des Stadtrates gewählt.
- Der Stadtrat kann einen gewählten Ausschuss nicht auflösen oder ihm die Zuständigkeit entziehen

11. Zu den Ausschüssen des Stadtrates gehören:

- Der Bauausschuss
- Der Ausschuss für Soziales, Jugend und Sport
- Der Schulträgerausschuss
- Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
- Der Partnerschaftsausschuss

12. In welchen internationalen und nationalen Gesetzen und Verordnungen finden sich die rechtlichen Grundlagen der Kinder- und Jugendbeteiligung?

a) **UN-Kinderrechtskonvention, Art 12/13**

b) **Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), §§ 8, 11, 80**

c) **Rheinland-Pfälzisches Landesgesetz zur Ausführung des KJHG**

d) **Gemeindeordnung §§ 16c, 46b**

13. In welchen Berufen bildet die Stadtverwaltung aus?

Diplomverwaltungswirt; Verwaltungswirt; Verwaltungsfachwirt; Verwaltungsfachangestellte(r)

14. Wie heißt die jüngste Partnerstadt von Alzey?
Wo liegt sie?
Wodurch ist sie berühmt geworden?

**Kamenz
in Sachsen
Geburtsstadt Lessings**

15. Das Wappen der Stadt Alzey:



Internet-Rallye (Lösungsblätter, Fortsetzung)

Zeichne den fehlenden Teil des Wappens ein und ergänze den Lückentext!

Oben: Vor **schwarzem** Hintergrund ein wachsender rotbewehrter **Löwe**; wegen der früheren Zugehörigkeit der Stadt zur **Kurpfalz**.

Unten: In Silber schräg rechts gestellte **rote Fidel** – das Wappenschild zur Erinnerung an die ehemals in der Stadt ansässigen Geschlechter der **Truchseß Winter und Wilch**.

Viel Spaß und Erfolg!

Möglicher Fragenkatalog zur Vorbereitung eines Gesprächs mit dem Landrat/ Oberbürgermeister/ Bürgermeister

1. Informationen über die Wahl zum ...

- Wie wird man "Kandidat" für dieses Amt?
- Welche Voraussetzungen muss man für dieses Amt mitbringen?
- Wie wird man in dieses Amt gewählt?
- Wie lange dauert die Amtszeit?

2. Aufgaben in dem Amt als ...

- Welche Aufgaben hat der Amtsinhaber zu erfüllen?
- Welche Entscheidungsbefugnisse hat er?
- Von welchem Gremium sind seine Entscheidungen abhängig?
- Wer unterstützt ihn bei seinen Aufgaben?
- Welche ehrenamtlichen Tätigkeiten übt er aus?

3. Struktur der Verwaltung

- Wie ist die Verwaltung aufgebaut?
- Wer ist wofür zuständig?
- Wie werden die Stellen in der Verwaltung besetzt?
- Mit welchen anderen Dienststellen muss die Verwaltung zusammenarbeiten?

4. Mitsprache des Bürgers

- Welche Möglichkeiten hat der Bürger, Einfluss auf die Entscheidungen zu nehmen?
- Wer sind die Ansprechpartner des Bürgers?
- Welche Rechte hat der Bürger gegenüber der Verwaltung?
- Wer kontrolliert die Verwaltung?

5. Mitwirkungsmöglichkeiten Jugendlicher

- Welche Möglichkeiten haben Jugendliche, Einfluss auf die sie betreffenden Entscheidungen zu nehmen?
- Wer sind die Ansprechpartner für die Jugendlichen?
- Welche (erfolgreichen) Beispiele der Beteiligung von Jugendlichen gibt es?
- Was sind die rechtlichen Grundlagen einer Mitwirkung Jugendlicher?

Rollenspiel: Debatte im Stadtrat – Stadtratssitzung



Ablauf:

1. Zuordnung der Teilnehmer/innen zu den **vier** Fraktionen
2. Einführung in den Ablauf des Rollenspiels
3. Information zu den einzelnen Rollen/Funktionen
4. Grundinformation zum Thema des Rollenspiels (Informationsblatt/Arbeitskarte)
5. Vorschlag und Ernennung des/der Vorsitzenden (Bürgermeister/in)
6. Bestellung des Schriftführers/der Schriftführerin durch die/den Vorsitzende/n
7. Wahl der Fraktionssprecher/innen in den vier Fraktionen
8. Vorschlag und Wahl der Beigeordneten
9. Beratung der Fraktionen
10. Erarbeitung von Entscheidungsvorlagen bzw. Ergänzungs- und Änderungsanträgen
11. Debatte im Stadtrat:
 - a) Bürgermeister (Vorsitzender) stellt Entscheidungsvorlage vor und begründet sie.
 - b) Fraktionen stellen ihre Anträge vor.
 - c) Debatte
12. Abstimmung der Anträge:
 - a) Abstimmung der (Änderungs-)Anträge der Fraktionen
 - b) Abstimmung der Verwaltungsvorlage
 - c) Schriftführer/innen zählen Stimmen aus
 - d) Vorsitzende/r stellt das Ergebnis fest
13. Mitteilung des Beschlusses des Stadtrates (Niederschrift)

Arbeitskarte (Basisinformation) zum Thema „Jugendparlament“

Pro-Argumente zur Einrichtung eines Jugendparlamentes

- *Beteiligung macht Sinn, weil (wenn) Jugendliche unmittelbar demokratische Erfahrungen machen können.* Beteiligung lässt Jugendliche Mitbestimmung und Mitverantwortung lernen. Beteiligung - im Sinne des Erlernens von Demokratie - wird dabei als alltäglich praktizierte Mitsprache und Mitbestimmung, als Alltagsdemokratie gesehen. Mitreden, Mitmachen, Mitplanen und Mitbestimmen sind die Stufen dieses demokratischen Prozesses.
- Jugendliche, die sich selbst als aktiv gestaltend erfahren, werden sich auch als Erwachsene eher an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen. Mädchen und Jungen, die vielfältige Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten in ihrer unmittelbaren und weiteren Umwelt haben und die Demokratie positiv erfahren, haben das notwendige Verständnis für das Gemeinwesen.
- *Beteiligung macht Sinn, weil (wenn) Jugendliche die Auswirkungen ihres Engagements sehen, nachvollziehen und sich damit identifizieren können.* Jugendliche erhalten über ihre Beteiligung die Chance, sich in einer vielfach fremdbestimmten Umwelt einen eigenen Lebensbereich zu schaffen, für den sie ein Stück Verantwortung übernehmen können.
- Stadtplanung und Stadtgestaltung sind komplexe Vorgänge. Zwischen Idealvorstellung, realistischem Entwurf und fertigem Ergebnis bestehen oft erhebliche Differenzen. Die Beteiligung von Jugendlichen bietet die Chance, dass sie sich mit dem Ergebnis identifizieren können und für Abweichungen von der Idealvorstellung Verständnis aufbringen - vorausgesetzt, Planungsvorgang und Beteiligungsprozess sind transparent und werden altersgerecht betreut.
Beteiligung macht Sinn, weil (wenn) Jugendliche als Experten in eigener Sache ernst genommen werden. Dass Jugendliche selbst am besten wissen, was sie wollen und brauchen, ist eine Leitidee für die Beteiligung. Sie sind Experten in eigener Sache. Aufwändige Fehlplanungen können vermieden werden, wenn man die befragt, die es betrifft - in diesem Fall Jugendliche. Vorausgesetzt, Erwachsene hören ihnen zu, nehmen sie ernst, unterstützen sie bei der Suche nach Lösungen.
- *Beteiligung macht Sinn, weil (wenn) sie zum Dialog der Generationen anstiftet.* Demokratie lebt vom gelungenen Interessenausgleich. Bislang sind die jüngsten Bewohnerinnen und Bewohner in der Kommune strukturell benachteiligt: Jede andere Interessengruppe kann für sich und meist auch von sich aus Lobbyarbeit in eigener Sache leisten, sich zumindest über Wahlen artikulieren. Jugendliche bis 18 Jahre (in manchen Kommunen bis 16 Jahre) können das nicht. Die Beteiligung von Jugendlichen auf vielen verschiedenen Ebenen scheint deshalb das Gebot der Stunde, da sich nur so die Interessen der Noch-nicht-Wahlberechtigten in den demokratischen Prozess einbringen lassen.
- *Beteiligung macht Sinn, weil (wenn) sie die Politik durch neue Formen anregt und weil (wenn) sie die Verwaltung bürgerinnen- und bürgerfreundlicher agieren lässt.* Beteiligung von Jugendlichen gelingt dort, wo Politik und Verwaltung kooperieren, wo Jugendamt, Stadtplanung, Gartenbau, Schulverwaltung und Sozialdezernat zusammen arbeiten, um gemeinsam eine jugendfreundlichere Kommune zu verwirklichen.
- Jugendparlamente können einen verbindlichen Rahmen für die Partizipation von Mädchen und Jungen bieten. Erwachsene PolitikerInnen haben so feste Ansprechpartner. Ein institutionalisiertes Jugendparlament ermöglicht langfristiges Arbeiten, was für viele politische Entscheidungen wichtig ist. Jugendliche können nachvollziehen, was aus ihren Forderungen und Anträgen geworden ist, und Erfolgskontrollen durchführen. Werden ihre Anträge nicht genügend beachtet, können sie mit Aktionen oder gezielter Öffentlichkeitsarbeit reagieren.
- Eine enge Anbindung an die Kommune sichert den Jugendvertreter/innen einen politischen und rechtlichen Rahmen, in dem sie ihre Ansichten diskutieren, gezielt Informationen einholen und Vorschläge erarbeiten können, die von der Verwaltung geprüft und in Entscheidungsprozesse einbezogen werden (müssen).

Gründe, die gegen ein Jugendparlament sprechen

- Die Erfahrungen haben vielfach gezeigt, dass die Beteiligung von Jugendlichen an der Wahl eines Jugendparlamentes nur sehr gering ausfällt. So betrug z. B. die Wahlbeteiligung in Ingelheim/Rheinhessen zum ersten Jugendparlament 1995 14,5 %, 1998 18%, 1999 11% und 2002 nur noch 10,5%. Daneben zeigt sich auch die unverkennbare Tatsache, dass immer weniger junge Leute bereit sind, sich überhaupt in einer Jugendvertretung zu engagieren. So berichten jugendliche Parlamentarier, dass die Arbeit in Jugendparlamenten von Enttäuschung geprägt sei, da die Mehrzahl der Parlamentarier, oft ohne Angabe von Gründen, nicht erschienen sei oder übernommene Aufgaben nicht weiter betreut oder verfolgt habe.

Neben diesen konkret praktischen Erfahrungen lassen sich weitere Argumente gegen die Einführung von Jugendparlamenten anführen:

- So gibt es Bedenken, dass „Jugendparlamente“ zu einer verfrühten Übernahme der Verhaltensweisen von Erwachsenen führen, die Politik die Jugendlichen allzu leicht instrumentalisiert und die Einrichtung derartiger Institutionen nicht nur die Notwendigkeit breiterer Beteiligung verdeckt, sondern „Jugendparlamente“ in Zeiten knapper Kassen Gefahr laufen, zum Ersatz für wichtigere Aktivitäten zu werden. Die Praxis gibt diesen kritischen Überlegungen immer wieder Nahrung.
- Hinzu kommt, dass die Bezeichnung „Jugendparlament“ Befugnisse assoziiert, die sich mit diesen Einrichtungen nicht verbinden lassen. Es fehlen Sitzungsgewalt und Haushaltsrecht, so dass die Befugnisse tatsächlich nicht über Beratungsfunktionen hinausgehen, auch wenn im politischen Raum ein hohes Maß an Umsetzungsbereitschaft besteht. Die Bezeichnung als „Jugendparlament“ kann daher zu Täuschungen und Enttäuschungen führen.
- Die Beteiligung von Jugendlichen, die in formale Routine gepresst wird, bewirkt das Gegenteil. Übertrieben ausgefeilte Verfahren, ein formalisiertes „Amtsverständnis“ oder bürokratische Geschäftsordnungen sind - nicht nur bei Jugendlichen - der Tod lebendiger Demokratie.
- Auch in den Jugendvertretungen selbst werden Aufgaben und Funktionen im Wege vom Wahlverfahren verteilt. Dies kann zu einem unangebrachten Statusdenken führen, wenn vordergründig Verfahrensweisen der Erwachsenen kopiert werden.
- Fasst man diese Aspekte zusammen, so erscheinen andere Beteiligungsformen von Jugendlichen wesentlich sinnvoller. Denkbar wären z. B. projektbezogene Einzelfall-Initiativen.

Quelle: http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Programme/a_Familienpolitik/s_1030.html

1. *Fasse die Argumente pro und contra Jugendparlament stichwortartig zusammen und stelle sie in einer Tabelle gegenüber.*
2. *Führt mit Hilfe der Arbeitskarte und der Rollenkarten ein Rollenspiel „Debatte im Stadtrat“ zum Thema „Jugendparlament“ durch.*

Rollenspiel – Ausschusssitzung im Stadt- oder Gemeinderat (Rollenkarten)



Rollenkarte 1

Vorsitzende/r / (Bürgermeister/in)

Das ist deine Rolle:

Du wurdest von den Wahlberechtigten der Stadt zum/r Bürgermeister/in gewählt.

Das sind deine Aufgaben:

- *Du lädst rechtzeitig sechs Kalendertage vorher zur Ausschusssitzung ein und setzt die Tagesordnung fest.*
- *Du oder dein/e Vertreter/in leite(s)t die Sitzungen des Ausschusses, dessen Arbeit in dein Ressort fällt.*
- *Du stellst die Beschlussfähigkeit fest und lässt über Anträge zur Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung abstimmen.*
- *Du erteilst dem/der Antragsteller/in oder dem/der Berichterstatter/in das Wort und achtest auf die Einhaltung der Reihenfolge der Wortmeldungen.*
- *Du berichtest über Entscheidungen und Maßnahmen der Stadtverwaltung aus deinem Zuständigkeitsbereich und begründest sie.*
- *Du beantwortest schriftliche und mündliche Anfragen der Ausschussmitglieder oder bestimmst eine/n Vertreter/in, der/die Rede und Antwort steht.*
- *Du stellst Entscheidungsvorlagen der Verwaltung vor und begründest sie.*
- *Du leitest die Abstimmungen und stellst das Ergebnis fest.*

Rollenspiel – Ausschusssitzung im Stadt- oder Gemeinderat

Rollenkarte 2

Fraktionssprecher/in

Das ist deine Rolle:

Du wurdest von deiner Fraktion zum/zur Sprecher/in im Stadtrat gewählt.

Das sind deine Aufgaben:

- Du leitest die Beratungen des entsprechenden Arbeitskreises eurer Fraktion und bringst die Anträge eurer Fraktion im entsprechenden Fachausschuss und Stadtrat ein.
- Du bestimmst in Absprache mit den Fraktionsmitgliedern im Stadtrat die Redner/innen, die außer dir selbst bei der Debatte in der Ratssitzung Stellung nehmen werden.
- Bei Abstimmungen im Arbeitskreis deiner Fraktion stellst du das Abstimmungsergebnis fest.
- Du achtest auf die Einhaltung der Fraktionsdisziplin, d. h., dass sich Redner/innen deiner Fraktion an Abstimmungsergebnisse und Absprachen der Fraktion halten.
- Wenn sich deine Fraktion entschieden hat, die Fraktionsdisziplin aufzuheben, gibst du die Abstimmung frei, d. h., jede/r Abgeordnete kann ohne Rücksicht auf die Fraktionsmehrheit für oder gegen einen Antrag stimmen

Rollenspiel – Ausschusssitzung im Stadt- oder Gemeinderat

Rollenkarte 3

Schriftführer/in im Stadtrat

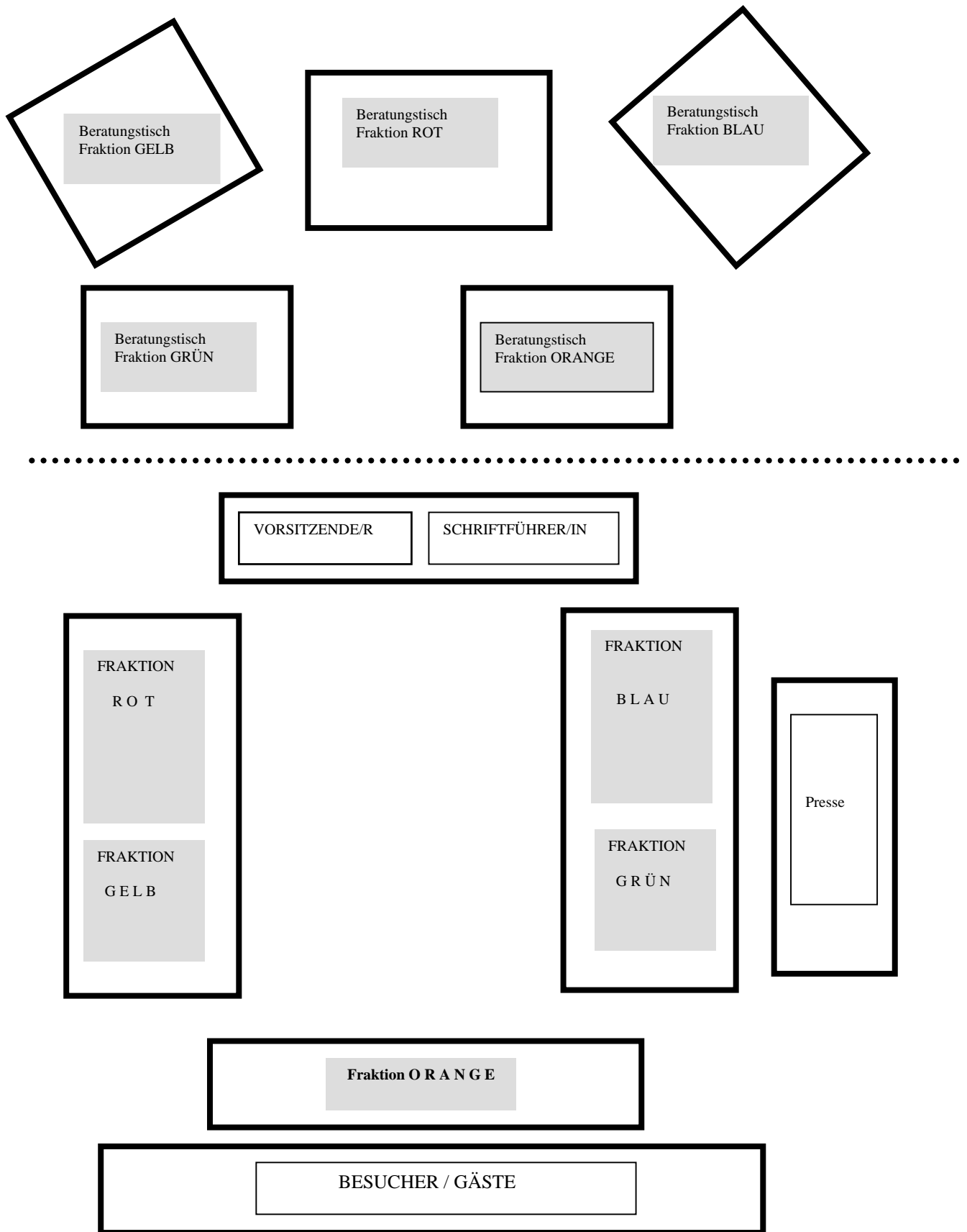
Das ist deine Rolle:

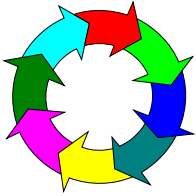
Du bist als Referent/in der Stadtverwaltung für die organisatorische Betreuung dieser Ausschusssitzung und die Niederschrift eines Sitzungsprotokolls zuständig.

Das sind deine Aufgaben:

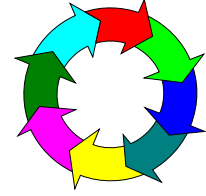
- *Du unterstützt die/den Vorsitzende/n bei der Leitung der Ausschusssitzung.*
- Du führst die Rednerliste und achtest auf die Einhaltung der Reihenfolge der Redner/innen.
- Du notierst die zur Abstimmung gestellten Anträge und die dazu eingebrachten Änderungsanträge.
- Bei Abstimmungen zählst du die Stimmen aus.
- Du erstellst ein Ergebnisprotokoll der Sitzung, das von dem/der Vorsitzenden und zwei Stadtratsmitgliedern und dir als Schriftführer/in zu unterzeichnen ist.
- Auf Anweisung des/der Vorsitzenden nimmst du weitere Aufgaben wahr.

Sitzordnung für das Rollenspiel „Ausschusssitzung“





Bewertungsbogen



„Plakatpräsentation“

Name:

Gruppe:

Thema:

INHALT



Gesamtpunkte Inhalt:

(42 Punkte)

1.2 VISUALISIERUNG



MEDIEN



Gesamtpunkte Visualisierung:

(36 Punkte)

Gesamtpunkte Präsentation:

(78 Punkte)

Feedback-Bogen zur Beurteilung des Projektes

Was wir gerne wissen möchten!

Zunächst bitten wir um einige persönliche Angaben:

1. Ich bin 12-18 Jahre alt , 19-25 J. , über 25 J.
2. Ich bin weiblich männlich
3. Ich habe folgende Nationalität/Staatsangehörigkeit:
4. Ich mache mit in/im:

<input type="checkbox"/>	Sportverein	<input type="checkbox"/>	Jugendinitiative
<input type="checkbox"/>	Kulturverein	<input type="checkbox"/>	Jugendzentrum
<input type="checkbox"/>	Szene/Clique	<input type="checkbox"/>	Schülervertretung
<input type="checkbox"/>	Kirche	<input type="checkbox"/>	Jugendvertretung
<input type="checkbox"/>	Partei	<input type="checkbox"/>	Jugendverband
<input type="checkbox"/>	Gewerkschaft	<input type="checkbox"/>	Sonstiges

Nun zu dem Projekt, an dem du gerade teilgenommen hast:

5. Sind deine Erwartungen an das Projekt erfüllt worden in Bezug auf:

	voll erfüllt	erfüllt	teilweise	gar nicht
die Inhalte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Arbeitsformen/Methoden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Projektleitung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die betreuenden Lehrkräfte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Gesprächspartner/innen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Wie haben dir die folgenden Arbeitsformen gefallen?

	sehr gut	gut	weniger gut	nicht	gar nicht
Gruppenarbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vortrag	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Plakatgestaltung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
PC-Internet	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sitzungsteilnahme	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gespräche	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rollenspiel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Wie beurteilst du die Projektgestaltung und -leitung?

	trifft voll zu	trifft zu	teilweise	trifft nicht zu	trifft gar nicht zu
Die Inhalte waren gut vorbereitet	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Ziel des Projekts war erkennbar	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Informationen waren gut verständlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Meine Fragen wurden beantwortet	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Projekt war abwechslungsreich und interessant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich wurde als Teilnehmer/in ernst genommen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich habe mich wohl gefühlt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich konnte sagen, was ich wollte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich hatte ausreichend Gelegenheit, aktiv mitzumachen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es hat mir großen Spaß gemacht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Wie haben dir die einzelnen Programmpunkte gefallen?

	sehr gut	gut	weniger gut	nicht	gar nicht
Vorstellung des geplanten Ablaufs	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einführung „Politik - Was ist das?“	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gespräch mit dem Bürgermeister/Fraktionsvorsitzenden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Internet-Rallye	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gestaltung von Plakaten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einführung in den Ablauf der Stadtratsausschusssitzung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Teilnahme an der Stadtratsausschusssitzung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rollenspiel: Ausschusssdebatte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Was sollte nach deiner Meinung am Projektprogramm verändert oder ergänzt werden?

10. Hast du schon einmal einen Stadt- oder Gemeinderat/eine Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung besucht?

nein einmal mehrmals

Habt ihr das Thema „Kommunalpolitik“ im Unterricht behandelt?

nein ja in Stunden

Würdest du wieder an einem kommunalpolitischen Projekt teilnehmen?

ja nein

Welche weiteren Themen im Zusammenhang mit der Demokratie interessieren dich?

Was sollte deiner Meinung nach in unserer Gesellschaft für junge Leute getan werden?

Wir danken herzlich für die Mitarbeit!

Die Angaben werden nur für interne Zwecke verwendet.